

LÄNDERFINANZAUSGLEICH

Reiche Bundesländer drohen mit Klage

Ungerecht und leistungsfeindlich: Bayern, Baden-Württemberg und Hessen wettern gegen den Finanzausgleich. Sie stellten den Nehmerländern ein Ultimatum.

24. Januar 2011 - 14:38 Uhr

© Uwe Anspach/dpa



Die Länderchefs aus Bayern, Seehofer, aus Baden-Württemberg, Mappus, und aus Hessen, Bouffier (v.l.n.r.)

Die Geberländer Baden-Württemberg, Bayern und Hessen wollen Verhandlungen über den Finanzausgleich der Bundesländer erzwingen. Der Stuttgarter Regierungschef Stefan Mappus sagte nach einer gemeinsamen Kabinettsitzung der drei schwarz-gelben Landesregierungen, eine Verfassungsklage gegen den "leistungsfeindlichen Finanzausgleich" sei in Vorbereitung. Doch man sei zu Gesprächen bereit, in denen die Nehmerländer die Klage abwenden könnten. "Wenn man nicht zu Gesprächen bereit ist, dann muss es legitim sein, dass man sich entsprechend zur Wehr setzt", sagte der CDU-Politiker.

Sein Amts- und Unionskollege, Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) ergänzte: "Gespräche und Verhandlungen sind uns lieber als Gerichtsentscheidungen." Die drei Länder wollten die Klage "nicht unbedingt bis nach Karlsruhe treiben". Sie seien viel mehr daran interessiert, "dass wir auch mit den anderen Ländern in die Debatte um ein besseres, um ein zukunftsgerechteres System einsteigen". Das bisherige System setze falsche Anreize und dürfe keine "finanzielle Hängematte" mehr sein.

Werde aber das Gesprächsangebot ausgeschlagen, bleibe nur der Gang nach Karlsruhe, sagte Seehofer. Ähnlich hatte sich zuvor bereits sein Finanzminister Georg Fahrenschon geäußert.

Hessen setzte den Nehmerländern des Finanzausgleichs eine Frist: "Bis zum Sommer sehen wir, ob wir zu konstruktiven Gesprächen kommen", sagte Ministerpräsident Volker Bouffier.

Der Streit über die Geldtransfers zwischen den wohlhabenderen Bundesländern im Süden und den ärmeren Länder im Norden schwelt seit einiger Zeit. Immer wieder hatten Bayern und Baden-Württemberg mit einer Verfassungsklage gedroht. Wahr gemacht haben sie dieses Vorhaben bislang aber nicht.

Aus diesem Grund geben sich manche der gescholtenen Nehmerländer auch gelassen. Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) hielt eine Klage ohnehin für aussichtslos. "Ich bin da gelassen", sagte sie. "Ich will nicht über Klagen sprechen, von denen wir ohnehin keine Folgen erwarten werden." 1997 sei ein solches Ansinnen auch gescheitert.

Auch Hamburg räumte der geplanten Klage keine große Chance ein. Das Bundesverfassungsgericht habe den Finanzausgleich in den vergangenen Jahren immer gestützt, hieß es aus der Finanzbehörde. Die Hansestadt hatte sich als einziges der vier Geberländer nicht an der Initiative beteiligt. "Für uns als Stadtstaat ließe ein Erfolg der Klage auch mehr Nachteile als Vorteile erwarten", sagte ein Behördensprecher.

Es fällt allerdings auf, dass sich auch Nehmerländer an der Kritik der bayerischen und baden-württembergischen Landesregierungen beteiligen – vor allem jene mit CDU-geführter Regierung. So stellte sich Sachsen auf die Seite der finanzstarken Länder. "Die drei Geberländer haben in großen Punkten Recht", sagte Ministerpräsident Stanislaw Tillich, dessen Land im Jahr 2010 laut vorläufigen Berechnungen nach Berlin am meisten vom Finanzausgleich profitierte. Die Bundesländer, die von den Zahlungen profitieren, forderte er zu "mehr Haushaltsdisziplin" auf.

FINANZAUSGLEICH

Die Grundidee klingt einfach und fair: Damit sich die Lebensbedingungen in den 16 Bundesländern nicht so stark unterscheiden, sorgt der Länderfinanzausgleich für Solidarität zwischen Arm und Reich. Jedes Jahr fließen deshalb Milliarden von den starken Staaten zu den schwachen. Der Gesetzgeber kommt damit dem Ziel der "Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse" nach, das im Grundgesetz verankert ist. Reformiert wurde das Ausgleichssystem zuletzt im Jahr 2005, die nächste Änderung steht 2020 an. Ab dem kommenden Jahr soll ein neuer Ausgleich verhandelt werden.

FUNKTIONSWEISE

Grob vereinfacht funktioniert das System so: Zuerst werden die Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften verteilt. Die armen Länder bekommen darüber hinaus einen geringen Anteil aus den Einnahmen der Umsatzsteuer. Dann folgt der Länderfinanzausgleich im engeren Sinne, also der Transfer zwischen den Staaten. In die Berechnung fließt unter anderem ein, wie viel Steuern ein Land einnimmt und wie viele Einwohner es hat. Mithilfe einer komplizierten Formel werden dann die Transfersummen berechnet.

GEBER/NEHMER

Vorläufigen Berechnungen zufolge wurden im vergangenen Jahr rund sieben Milliarden Euro umverteilt. Am meisten profitiert hat Berlin: Rund 2,9 Milliarden bekam die Hauptstadt aus dem Finanzausgleich. Sachsen erhielt rund 843 Millionen, Thüringen etwa 466 Millionen Euro. Das Geld kam im Wesentlichen aus Bayern (3,5 Milliarden), Hessen (1,7 Milliarden) und Baden-Württemberg (1,7 Milliarden). Insgesamt standen im vergangenen Jahr vier Geberländer zwölf Nehmerländern gegenüber. In der Vergangenheit haben sich die Rollen einiger Länder vertauscht: Bayern etwa gehörte 37 Jahre lang zu den Nehmerländern, seit 1986 zahlt der Freistaat an die armen Länder.

KRITIK

Die reichen Länder sagen: Wir verteilen zu viel um. Wenn ein Land sich anstrengt und spart, fließe ein zu großer Teil in die Umverteilungsmaschine des Finanzausgleiches. Das bremse die Anstrengungen zu sparen. Die Nehmerländer wiederum hätten Anreize, ihre Ausgaben zu erhöhen oder auf Einnahmen zu verzichten – etwa auf Studiengebühren oder Kita-Gebühren. Stimmt nicht, sagen die Nehmerländer. Sie werfen den Geberländern vor die Situation zu überzeichnen und Wesentliches zu verschweigen. Die angeblich starken Länder würden schließlich über andere Kanäle gepöppelt – etwa durch Zuschüsse für Bundeswehrstandorte oder Verkehrsinfrastruktur. Kritiker des heutigen Finanzausgleiches stören sich vor allem an den Privilegien für die Stadtstaaten: Jeder Bremer, Hamburger und Berliner zählt beim Finanzausgleich das 1,35-fache eines normalen Bundesbürgers, um Sonderbelastungen einer Großstadt auszugleichen.

REFORM

Eine Konstellation von zwölf Empfängern gegen vier Zahler macht eine Reform schwierig. Änderungen wird es aber geben müssen. Denn das jetzige Umverteilungssystem läuft 2019 aus. Dann ist auch Schluss mit dem Solidarpakt II für den Aufbau Ost. Hinzu kommt die Schuldenbremse im Grundgesetz: Spätestens von 2020 an dürfen Länder in normalen Zeiten keine neuen Kredite mehr aufnehmen. Wenn nun die reichen Länder mit Klagen drohen, wollen sie auch Druck machen für die 2012 oder 2013 anstehenden Verhandlungen über den neuen Ausgleich.

Tillich richtete seine Kritik vor allem gegen das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen, "wo gerade ein Haushalt mit einer gigantischen Neuverschuldung verabschiedet worden ist".

Aber auch die SPD-geführten Länder Berlin und Rheinland-Pfalz steigerten die Ausgaben, statt ihre Haushalte zu konsolidieren. "Das kann nicht so weiterlaufen."

Auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen äußerte Verständnis: "Die Geberländer sagen: Wir geben an Länder, die sich mit unserem Geld das leisten, was wir uns nicht leisten", sagte der CDU-Politiker. "Die Empfängerländer müssen sich mehr disziplinieren."

COPYRIGHT: dpa, Reuters, AFP

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-01/laenderfinanzausgleich-klage>